

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0349/06	Datum 12.09.2006
Dezernat: II	FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	19.09.2006	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Jugendhilfeausschuss	05.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	10.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	10.10.2006	öffentlich	Beratung
Gesundheits- und Sozialausschuss	11.10.2006	öffentlich	Beratung
Kulturausschuss	18.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	19.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	19.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	24.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	26.10.2006	öffentlich	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Energie	14.11.2006	öffentlich	Beratung
Verwaltungsausschuss (Stellenplan 2007)	17.11.2006	öffentlich	Beratung
Finanz- und Grundstücksausschuss	24.11.2006/	öffentlich	Beratung
	25.11.2006	öffentlich	Beratung
Stadtrat	07.12.2006	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel
Haushaltsplan 2007

- Haushaltssatzung 2007
- Finanzplan bis 2009
- Stellenplan 2007

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. die Haushaltssatzung 2007 mit dem Haushaltsplan 2007 und den Anlagen
2. den Finanzplan 2006 – 2010
3. den Budgetvorschlag des Verwaltungshaushaltes
4. den Budgetvorschlag des Vermögenshaushaltes
5. die Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010
6. den Stellenplan 2007

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA	X	NEIN	
X						

Gesamtkosten/Gesamtein- nahmen der Maßnahmen	jährliche Folgekosten/ Folgelasten ab Jahr	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirk- samkeit
(Beschaffungs-/ Herstellungskosten)				
	keine			
Euro				

Haushalt				Verpflichtungs- ermächtigung				Finanzplan / Invest. Programm			
veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:			veranschlagt:	Bedarf:		
Mehreinn.:				Mehreinn.:				Mehreinn.:			
				Jahr	Euro			Jahr	Euro		
davon Verwaltungs- haushalt im Jahr	mit	Euro		davon Vermögens- haushalt im Jahr	mit	Euro					
Haushaltsstellen				Haushaltsstellen							
				Prioritäten-Nr.:							

federführendes/r Amt/FB	Sachbearbeiter Frau Jürgens	Unterschrift AL/FBL Herr Zimmermann
----------------------------	--------------------------------	--

verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift Herr Czogalla	
-----------------------------------	----------------------------	--

Begründung:

1. Verwaltungshaushalt

1.1 Gesamteinschätzung

In Vorbereitung auf die Haushaltsplanung 2007 wurde die Drucksache 0129/06 – Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007 – am 10.05.2006 im Finanz- und Grundstücksausschuss sowie in den jeweiligen Fachausschüssen beraten. Die Drucksache mit der Beschluss-Nr. (1023-34(IV)06) wurde in der Stadtratssitzung am 01.06.2006 eingebracht. Der Beschluss erfolgte mit dem Ziel einer Festlegung des Finanzrahmens für die Budgets als verbindliche Vorgabe für die Aufstellung der Einzelhaushalte.

Hierauf aufbauend wurden gemäß der Verfügung des Oberbürgermeisters zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes 2007 die Mittelanmeldungen von allen Fachbereichen und Ämtern termingerecht beim Fachbereich Finanzservice eingereicht.

Am 07. September 2006 erhielt die Landeshauptstadt Magdeburg den Runderlass zur Haushalts- und Finanzwirtschaft des Haushaltsjahres 2007 nach dem Stand des von der Landesregierung beschlossenen Entwurfes des Nachtragshaushaltes 2006 sowie der Entwürfe des Haushaltsgesetzes 2007, des Haushaltsstrukturgesetzes, des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Entwurfs der mittelfristigen Finanzplanung 2006 bis 2010 (Orientierungsdatenerlass ODE vom 01.09.2006).

Nach der Erfassung aller Daten ist im Verwaltungshaushalt ein Fehlbedarf von 115.692,9 Tsd. EUR zu verzeichnen. Ausgehend von einem Fehlbetrag in Höhe von 105.026,0 Tsd. EUR aus der mittelfristigen Finanzplanung von 2006 für 2007 ist eine Steigerung um 10.666,9 Tsd. EUR entstanden. Dies begründet sich einerseits mit einer Verringerung des Gemeindeanteils an den Gemeinschaftssteuern (hier: Familienleistungsausgleich Streichung durch das Land) von 7.260,1 Tsd. EUR, einer Erhöhung der FAG-Zuweisungen durch das Land um 633,0 Tsd. EUR und Mehreinnahmen in Höhe von 2.100,0 Tsd. EUR für Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV). Die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und Zuweisungen vom Land sinken um ca. 18.000,0 Tsd. EUR (Eigenbetriebsbildungen KGm, theater magdeburg und Puppentheater, Wegfall der Inneren Verrechnung KGm).

Ausgabeerhöhungen sind zu verzeichnen für die Leistungsbeteiligung nach SGB II (4.287,5 Tsd. EUR), für Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Eigenbetriebsbildungen) 18.086,0 Tsd. EUR und bei den Zinsausgaben für Kassenkredite (2.500,0 Tsd. EUR). Ausgabenverringerungen sind entstanden bei den Personalkosten (32.161,0 Tsd. EUR), beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (1.055,0 Tsd. EUR) und bei den Leistungen der Sozialhilfe (455,0 Tsd. EUR).

Der Haushaltsplan 2007 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2010 konnten nicht ausgeglichen werden. Der Fehlbedarf in den Jahren 2007 bis 2010 wird wie folgt ausgewiesen:

2007 mit 115.692,9 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2005 mit 84.200,8 Tsd. EUR, 2008 mit 112.533,3 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2006 mit 86.931,1 Tsd. EUR, 2009 mit 137.855,5 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2007 mit 115.692,9 Tsd. EUR, 2010 mit 135.078,0 Tsd. EUR - hierin enthalten ist der Fehlbedarf 2008 mit 112.533,3 Tsd. EUR.

Der Forderung des § 90 Abs. 3 GO LSA nach einem ausgeglichenen Haushalt kann nicht entsprochen werden. Deshalb ist gemäß § 92 Abs. 3 GO LSA ein **Haushaltskonsolidierungskonzept** aufzustellen. Entsprechend § 2 Abs. 2 Nummer 7 GemHVO ist ein vom Stadtrat beschlossenes Haushaltskonsolidierungskonzept als Anlage dem Haushaltsplan beizufügen, sofern der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird. Mit der DS 0377/06 wird das Konzept, basierend auf den DS 0058/03, 0584/03, 0833/03, 0768/04, 0516/05 und 0148/06, fortgeschrieben.

Wie in den vergangenen Jahren ist es auch im Verlauf des Jahres 2006 gelungen, das Ist-Einsparpotential wesentlich zu steigern. Die mit der DS 0516/05 durch den Stadtrat beschlossenen Einsparziele der Konsolidierungsmaßnahmen 66 bis 80 wurden umgesetzt und mit der DS 0148/06 weitere Konsolidierungsmaßnahmen (81 bis 89) formuliert. Darüber hinaus werden mit der DS 0377/06 dem Stadtrat 17 neue Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschlagen, die die zukünftigen Fehlbedarfe weiter verringern werden.

In der folgenden Tabelle werden die im laufenden Jahr erreichten Konsolidierungserfolge dargestellt:

Veränderung des Ist-Einsparpotentials

- in EUR -

	2006	2007	2008	2009	2010
Stand 15.12.2005	51.134.347	52.336.166	52.852.792	52.069.702	52.069.702
Stand 12.09.2006	57.846.030	63.748.254	66.742.223	65.749.433	65.749.433
Veränderung	6.711.683	11.412.088	13.889.431	13.679.731	13.679.731

Diese bereits erzielten Konsolidierungserfolge im eigenen Verantwortungsbereich sind durch Risiken im Zusammenhang mit Hartz IV gefährdet, die Größenordnungen von ca. 10 Mio. € erreichen könnten. Diese Entwicklung sowie die drastischen Kürzungen der Zuweisungen nach dem FAG (Familienleistungsausgleich ca. 7,2 Mio. EUR) durch das Land Sachsen-Anhalt drohen die erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen der Landeshauptstadt Magdeburg vollständig zu konterkarieren.

Der konsequente Ausbau des Konsolidierungskonzeptes durch die Entwicklung neuer Maßnahmen belegt jedoch den festen Willen der Landeshauptstadt Magdeburg, schnellstmöglich die vollumfängliche kommunale Gestaltungsfreiheit wiederzuerlangen.

Gegenüber 2006 hat sich **das Volumen des Verwaltungshaushaltes im Haushaltsplan 2007** bei den Einnahmen um 43.624,1 Tsd. EUR (von 466.027,0 Tsd. EUR auf 422.402,9 Tsd. EUR) und bei den Ausgaben um 14.862,3 Tsd. EUR (von 552.958,1 Tsd. EUR auf 538.095,8 Tsd. EUR) **verringert**. Im Wesentlichen ist dies auf die Veränderungen im FAG, den Eigenbetriebsbildungen, aus der geplanten Durchführung von Hartz IV sowie aus der Erhöhung des Kreditvolumens für Kassenkredite zurückzuführen. Ein weiterer, nicht unwesentlicher Effekt ist das Wegfallen der einmaligen Veranschlagung im Jahr 2007 aus dem Stadionneubauprojekt des Jahres 2006 in Einnahmen und Ausgaben (18.676,0 Tsd. EUR).

Hervorzuheben sind bei den Steuern, Zuweisungen und Umlagen insbesondere die Gewerbesteuererinnahmen, die sich gegenüber dem Vorjahr um 2.354,4 Tsd. EUR erhöhen und der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern, der sich um 3.845,9 Tsd. EUR verringert.

Weitere Erläuterungen zu den Einnahmen unter Pkt. 1.2

Eine wesentliche Steigerung der Ausgaben erfolgt für die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung (Grupp.-Nr. 69) in Höhe von 4.287,5 Tsd. EUR, für Zuweisungen und Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Grupp.-Nr. 715) mit 15.603,9 Tsd. EUR, für Leistungen der Grundsicherung mit 590,0 Tsd. EUR und für die Deckung des Soll-Fehlbetrages (Grupp.-Nr. 894) aus dem Jahr 2005 in Höhe von 22.218,6 Tsd. EUR (Ansatz 2007 = 84.200,8 Tsd. EUR, Ansatz 2006 = 61.982,2 Tsd. EUR) zu sehen.

Ausgabereduzierungen erfolgen bei den Personalausgaben (Hauptgruppe 4) mit 33.557,5 Tsd. EUR (Ansatz 2007 = 113.591,4 Tsd. EUR, Ansatz 2006 = 147.148,9 Tsd. EUR) und beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Hauptgruppe 5 und 6) mit 7.393,0 Tsd. EUR. Ausgaben der Hauptgruppe 7 (Zuweisungen, Leistungen der Sozialhilfe, der Grundsicherung dem Unterhaltsvorschussgesetz, den Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden, sonstige soziale Leistungen und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) steigen um 17.783,7 Tsd. EUR.

Weitere Erklärungen zu den Ausgaben unter Pkt. 1.3

Die Eigenbetriebsbildung für das Theater Magdeburg, das Puppentheater und für das Kommunale Gebäudemanagement wird für 2007 abgeschlossen sein. Dies hat Auswirkungen auf die Minderung der Personalkosten, der sächlichen Betriebskosten und der inneren Verrechnung und erhöht dafür die Ausgaben für Erstattungen und Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen.

Weitere Begründungen zu den Eigenbetriebsbildungen, der Ausgründung der ZGM gGmbH und anderen Strukturveränderungen innerhalb der Kernverwaltung unter Pkt. 1.1.1 bis 1.1.3

1.1.1 Gründung von 3 Eigenbetrieben zum 1.1.2007

Aufgrund der Ergebnisse der nach § 123 GOLSA zu erstellenden Analyse zur Darstellung der Vor- und Nachteile eines Rechtsformwechsels beabsichtigt die Landeshauptstadt Magdeburg zum 1.1.2007 die Gründung von drei Eigenbetrieben.

Eigenbetrieb „theater magdeburg“

Das „theater magdeburg“ wurde bisher in der Rechtsform eines optimierten Regiebetriebes in der Verwaltungsgliederung der Landeshauptstadt Magdeburg geführt. Mit der Eigenbetriebsbildung werden folgende Entwicklungspotentiale verfolgt und umgesetzt:

- Steigerung der Ressourceneffizienz,
- Verwaltungsverschlankung,
- Verkürzung der Entscheidungswege/ Betriebsführung aus einer Hand,
- Kaufmännisches Rechnungswesen als Instrument der Optimierung des Ressourcenverzehr.

Durch die Neuorganisation im Zuge der Eigenbetriebsbildung und die Einführung der Grundsätze der kaufmännischen Betriebsführung ergeben sich im Vergleich der Jahre 2006 und 2007 Veränderungen für den gesamtstädtischen Haushalt (**Anlage 11**).

Die ausgewiesene Erhöhung der Gesamtbelastung des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 379.100 EUR resultiert aus der mit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens verbundenen Veranschlagung der Abschreibungen für das betriebsnotwendige Anlagevermögen des Eigenbetriebes.

Eigenbetrieb „Puppentheater Magdeburg“

Das „Puppentheater Magdeburg“ wurde bisher ebenfalls in der Rechtsform eines optimierten Regiebetriebes der Landeshauptstadt Magdeburg geführt. Es gehört heute deutschlandweit zu den größten und modernsten Figurentheatern. Dieser Status soll in Verbindung mit dem Ziel der gleichbleibenden bzw. sich verringern den öffentlichen Bezuschussung durch die Eigenbetriebsgründung erhalten werden.

Mit dem Wechsel der Rechtsform werden analog zur Eigenbetriebsgründung „theater magdeburg“ folgende Ziele verfolgt:

- effektiveres Arbeiten mit den finanziellen Ressourcen,
- eigenständigeres Handeln im Rahmen des Wirtschaftsplanes,
- Möglichkeit der Fremdvergabe von Leistungen durch die tendenzielle Erforderlichkeit der Orientierung am Markt,
- Nutzung der mit der Einführung der doppelten Buchführung entstehenden größeren Kostentransparenz für das Erkennen von Einsparpotentialen.

Die Belastung des städtischen Verwaltungshaushaltes im Jahre 2006 –Puppentheater in des Rechtsform des optimierten Regiebetriebes- und im Jahr 2007 –Puppentheater in der Rechtsform des Eigenbetriebes- wird in **Anlage 12** dargestellt.

Die Mehrbelastung des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 66.600 EUR setzt sich zusammen aus: den mit der Eigenbetriebsbildung zu veranschlagenden Abschreibungen, der Entstehung von Zahlungsverpflichtungen an einen anderen Eigenbetrieb (Leistungsverrechnung mit dem Eigenbetrieb KGM – 2006 noch Amt im städtischen Haushalt), und der nicht durch Ertragssteigerungen ausgleichenden Tarifsteigerung im Jahr 2007.

Eigenbetrieb „Kommunales Gebäudemanagement“

Im Ergebnis umfangreicher Voruntersuchungen wurde das Kommunale Gebäudemanagement mit Wirkung vom 01.01.2003 auf der Grundlage der Beschlüsse zur DS0518/01 und zur DS 0459/02 als Fachbereich in der Landeshauptstadt Magdeburg eingeführt.

Zum Bildungszeitpunkt wurden dem KGm insgesamt **328,5 Stellen** zugeordnet und **576 Gebäude** mit einer **Nettogrundfläche von ca. 950.000 m²** zur Verwaltung und Bewirtschaftung übergeben. Der strukturelle und personelle Aufbau resultierte grundsätzlich aus der Rekrutierung von Stellen der vormals für gebäudewirtschaftliche Aufgaben zuständigen Fachämter. Die Besetzung der Führungspositionen erfolgte auf der Grundlage interner Ausschreibungsverfahren; Sachbearbeiter/-innen, Hausmeister/-innen, Hausarbeiter/-innen, Hauswarte sowie Pförtner/-innen wurden per Direktionsrecht umgesetzt.

Die Gebäudedaten wurden in erster Linie vom Hochbauamt übernommen, werden korrigiert bzw. aktualisiert und sukzessive um weitere gebäuderelevante Daten (Raumbücher, gebäudetechnische Daten u. a.) ergänzt.

Mit Wirkung vom 17.10.2005 wurden dem Fachbereich KGm im Zuge weiterer Umstrukturierungsmaßnahmen wesentliche Aufgaben der Hochbauinvestitionen (ausgenommen Neubauten), hier insbesondere für Um- und Erweiterungsbauten, für Modernisierung, für Sanierung bei Investitionsmaßnahmen sowie in Gänze das Abbruchmanagement übertragen, womit eine **Zuführung von 46 Stellen** verbunden war.

Das KGm verwaltet und bewirtschaftet **derzeit ca. 310 Liegenschaften mit ca. 570 Gebäuden und ca. 900 000 m² Nettogrundfläche, entspricht ca. 1.044.000 m² Bruttogrundfläche (Stand Juni 2006)**. In Bezug auf die Angaben zu den Liegenschaften ist zu beachten, dass diese ständigen Veränderungen unterliegen.

Vor dem Hintergrund einer weiteren Optimierung der Gebäudebewirtschaftung der kommunalen Gebäude einschließlich zugehöriger Grundstücke erfolgte eine Überprüfung der derzeitigen Rechts- bzw. Betriebsform und möglicher Veränderungen.

Der Eigenbetrieb „Kommunales Gebäudemanagement“ (EB KGm) soll zum 01.01.2007 gebildet werden.

Zum vorbezeichneten Stichtag sind dem Kommunalen Gebäudemanagement **insgesamt 295 Stellen** zugeordnet.

Verbunden mit der Rechtsformänderung sollen die Personalaufwendungen des Kommunalen Gebäudemanagements in 2007 um ca. 622.000,- € reduziert werden.

Der Eigenbetrieb wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als Sondervermögen der Landeshauptstadt Magdeburg geführt.

Die Kosten und Leistungen des Eigenbetriebes KGm werden gegenüber den städtischen Struktureinheiten in Rechnung gestellt. Für die vorbezeichnete Leistungsverrechnung ist von entscheidender Bedeutung, dass diese nicht zum Aufwuchs des städtischen Haushalts führen darf (kostendeckende Einrichtung). Der Eigenbetrieb wird daher anstelle einer Grundmiete ein Nutzungsentgelt erheben.

Dieses Nutzungsentgelt setzt sich zusammen aus dem:

- Entgelt für Managementleistungen des Gebäudemanagements,
- Entgelt für Hausmeisterdienste (soweit zutreffend),
- Entgelt für Pförtnerdienste (soweit zutreffend),
- Entgelt für Leistungen von Ämtern der Landeshauptstadt Magdeburg.

Für die Ermittlung der Nutzungsentgelte werden die umlagefähigen Personal- und Sachkosten des KGm zugrunde gelegt. Die Umlage für die Wirtschaftsplanung 2007 erfolgte auf der Grundlage des Flächenschlüssels, bezogen auf die durch das KGm zu verwaltenden und zu bewirtschaftenden Gebäude mit Stand Juni 2006.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass hinsichtlich zu berücksichtigender Abschreibungen auf die betriebsnotwendige Ausstattung des KGm oder Leistungsverrechnungen anderer Ämter tatsächliche Zahlungsverpflichtungen entstehen und diese umlegungsrelevant werden.

Im Rahmen der Erarbeitung des Wirtschaftsplanes 2007 des EB KGm wurden für die Landeshauptstadt Magdeburg Nutzungsentgelte in Höhe von insgesamt 8.159.000 EUR ermittelt. Diese werden in 2007 in der Haushaltsstelle 1.87300.530400.0 veranschlagt.

Die Aufteilung dieser ermittelten Nutzungsentgelte nach Unterabschnitten ist Anlage 17 zu entnehmen. Der Eigenbetrieb KGm wird für die Erbringung seiner Dienstleistungen und die damit verbundene Erhebung von Nutzungsentgelten gesondert Vereinbarungen abschließen.

Für die Erfüllung der geplanten Maßnahmen der Bauunterhaltung sowie der dem KGm obliegenden Maßnahmen der Grünpflege werden dem Eigenbetrieb in 2007 die entsprechenden Haushaltsmittel als Zuweisungen der öffentlichen Hand zufließen. Die entsprechenden Haushaltsstellen des städtischen Haushaltes, hier HHST 1.87300.675000.3, 1.87300.675100.1 sowie 1.87300.675200.9 werden durch den Fachbereich Finanzservice bewirtschaftet.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass mit der Eigenbetriebsbildung des Kommunalen Gebäudemanagements der Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg langfristig entlastet wird. Dies ist insbesondere durch die effektive und effiziente Personalwirtschaft zu erreichen. Mittel- bis langfristig soll auch der kommunale Immobilienbestand optimiert werden, was weitere positive Konsolidierungseffekte für den städtischen Gesamthaushalt zur Folge haben wird.

Vorbezeichnete Haupteffekte werden in Verbindung mit der Delegation der wirtschaftlichen Verantwortlichkeit über den kommunalen Immobilienbestand unter den Prämissen des kaufmännischen Rechnungswesens (4 Jahre vor Pflichteinführung nach NKHR) im künftigen Eigenbetrieb Kommunales Gebäudemanagement einen großen Anteil an der Haushaltskonsolidierung der Landeshauptstadt Magdeburg haben.

1.1.2 Ausgründung der ZGM gGmbH aus dem Eigenbetrieb Zoo

Nach seiner Eröffnung vor gut 55 Jahren steht der Zoo Magdeburg heute in einer ganz entscheidenden Phase der Neuorientierung. Trotz der übergeordneten Aufgaben des Zoos im Artenschutz, sowie in den pädagogischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Zoo Magdeburg – wie auch alle anderen Zoologischen Gärten – ein Teil des in der Vergangenheit enorm gewachsenen Freizeitangebots ist. In den vergangenen Jahren musste ein negativer Trend des Besucherzuspruchs im Magdeburger Zoo auch auf Grund des enorm gewachsenen Wettbewerbs zwischen den Zoologischen Gärten (Leipzig, Hannover, Berlin, Halle) verzeichnet werden.

Ein weiterer Grund für die damit verbundenen massiven Einnahmeausfälle und die daraus resultierende unbefriedigende wirtschaftliche Gesamtsituation des Zoos ist insbesondere der stark mangelhafte Zustand der vorhandenen baulichen Anlagen. Damit fehlen für einen wettbewerbsfähigen Zoo die notwendigen attraktiven, zeitgemäßen Tieranlagen sowie Besucherservice orientierte Einrichtungen im Zoo Magdeburg.

Die Entwicklung des Zoologischen Gartens mit einer überregionalen Ausstrahlung und die damit verbundene Umkehrung des negativen Trends, stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit den investiven Vorhaben der kommenden Jahre. Die Investitionen ermöglichen nicht nur den Tierbestand zu halten sondern sogar wettbewerbsorientiert zu erweitern. Attraktive Tierhäuser und Gehege entstehen (Elefanten, Nashörner, Menschenaffen, Südamerikahaus) sowie neue Serviceeinrichtungen (Gastronomie, Zooshop und neuer Eingang).

Die mit den Investitionen verbundene positive Entwicklung der Besucherzahlen korrespondiert mit dem vorhandenen Besucherpotential im Einzugsgebiet des Zoologischen Gartens Magdeburg und in der Folge mit steigenden Umsatzerlösen. Damit wird die angestrebte langfristige Zukunftssicherung des Zoostandes Magdeburg auf dem Weg der Erreichung höherer Attraktivität und zugleich gesteigerter Effizienz erreicht.

Im Ergebnis dieser Ziele beabsichtigen die Landeshauptstadt Magdeburg und die Gemeinde Barleben zum 01.01.2007 die „Zoologischer Garten Magdeburg gGmbH“ (ZGM gGmbH) als Bargründung auf unbestimmte Zeit zu errichten. Dazu soll zum Stichtag die Ausgliederung des bisherigen öffentlich-rechtlichen Eigenbetriebes Zoo Magdeburg in die privatrechtliche ZGM gGmbH auf der Grundlage der geprüften Bilanz zum 31.12.2006 im Wege der Kapitalerhöhung gemäß §§ 168 ff. UmwG erfolgen.

Die Gesellschafter verpflichten sich für das Haushaltsjahr 2007 zur Zahlung eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von:

Jahr	Landeshauptstadt Magdeburg	Gemeinde Barleben
2007	3.400.000,- EUR	300.000,- EUR

darüber hinaus Bedarfseinstellung in die mittelfristige Finanzplanung :

2008	3.400.000,- EUR	300.000,- EUR
2009	3.400.000,- EUR	300.000,- EUR
2010	3.400.000,- EUR	300.000,- EUR
2011	3.300.000,- EUR	300.000,- EUR
2012	3.250.000,- EUR	300.000,- EUR
2013	3.200.000,- EUR	300.000,- EUR

Die Landeshauptstadt Magdeburg übernimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Landesverwaltungsamtes eine kommunale Ausfallbürgschaft für die Fremdkapitalaufnahme der ZGM gGmbH zur Finanzierung der Um- und Ausbauinvestitionen in Höhe von insgesamt maximal 10 Mio. EUR zu Gunsten der ZGM gGmbH.

Die ZGM gGmbH erwartet einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von insgesamt 4 Mio. EUR für die Jahre 2009 bis 2012 (jährlich 1 Mio. EUR).

1.1.3 Strukturveränderungen innerhalb der Kernverwaltung

Gedenkstätte Moritzplatz

Zum 01. Januar 2007 wird die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg in die Gedenkstättenstiftung des Landes Sachsen-Anhalt übernommen (Kündigung der geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Landeshauptstadt Magdeburg zum 31.12.2006).

Beabsichtigte Strukturveränderungen bei städtischen Einrichtungen, wie beispielsweise Gruson-Gewächshäuser und Konservatorium „Georg-Philipp-Telemann“ sind aufgrund einer fehlenden Beschlusslage im Haushaltsplan 2007 noch nicht berücksichtigt. Die Planung für das Haushaltsjahr 2007 erfolgte für diese Einrichtungen in Form und Umfang wie bisher.

Die Verfügung des OB zur Bildung des Fachbereiches 62 „Geodienste und Baukoordinierung“ vom 27.12.2005 konnte haushaltstechnisch erst im Rahmen der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2007 umgesetzt werden. Die geplanten Haushaltsansätze der Ämter 60, 62 und 68 wurden in der Gesamtheit in den hierfür neu eingerichteten Unterabschnitt 60020 – Geodienste und Baukoordinierung“ übertragen.

1.2 Entwicklung ausgewählter Einnahmearten

Die Hebesätze der Realsteuern werden für das Jahr 2007 nicht geändert und betragen:

Grundsteuer A	250 v.H.
Grundsteuer B	450 v.H.
Gewerbsteuer	450 v.H.

Steuern (Grupp.-Nr. 000 – 003)

Die Senkung der Einnahmen aus der Grundsteuer B beträgt 1.472,6 Tsd. EUR (5,3 %) gegenüber dem Ansatz des Vorjahres.

Bei der Veranschlagung der Gewerbesteuereinnahmen wurde auf der Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom Mai 2006 sowie des Orientierungsdatenerlasses vom 01.09.2006 der Haushaltsansatz für 2007 ermittelt. Die Steigerungen bei der mittelfristigen Finanzplanung entsprechen der Empfehlung aus o. g. Erlass.

Die Einnahmen aus den Realsteuern steigen voraussichtlich um 891,8 Tsd. EUR. Insbesondere erfolgt bei der Gewerbesteuer eine Steigerung um 2.354,4 Tsd. EUR. Entsprechend der Empfehlung aus dem Festsetzungsbescheid der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz für das Haushaltsjahr 2006 vom 03.03.2006 und dem Orientierungsdatenerlass des Ministeriums des Innern zur Haushalts- und Finanzwirtschaft der Kommunen im Haushaltsjahr 2007 mit den Empfehlungen für die mittelfristige Finanzplanung bis 2009 vom 01.09.2006 erfolgte die mittelfristige Finanzplanung mit den dort angegebenen Steigerungsraten. Die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer bleiben mit 427,0 Tsd. EUR gegenüber 2006 unverändert, ebenso die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer (950,0 Tsd. EUR) und aus Spielbankeinnahmen (400,0 Tsd. EUR).

Gemeindeanteil und andere Steuern (Grupp.-Nr. 01 – 03)

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern setzt sich aus dem Anteil an der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer und dem Familienleistungsausgleich zusammen.

Eine Senkung ist beim Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern von 3.845,9 Tsd. EUR erkennbar. Die Zahlen beruhen auf der regionalisierten Mai-Schätzung des MF LSA aus 2006. Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird zwar eine Steigerung um 3.114,6 Tsd. EUR geplant, jedoch sinkt in Folge des Entwurfes zum Haushaltsstrukturgesetz (Art. 1 – Änderung des FAG) der Familienleistungsausgleich von 7.260,1 Tsd. EUR auf nunmehr 0 EUR. Bei der Erhöhung des Umsatzsteueranteils um 676,5 Tsd. EUR wirkt sich die Anhebung des Umsatzsteuersatzes von 16 auf 19 v.H. aus.

Allgemeine Zuweisungen und Leistungen des Landes (Grupp.-Nr. 04 – 09)

Auf der Basis des Orientierungsdatenerlasses des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt vom 01.09.2006 wurden die Allgemeinen Zuweisungen ermittelt.

Die Schlüsselzuweisungen und weiteren Zuweisungen nach dem FAG betragen insgesamt 150.358,7 Tsd. EUR und steigen im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung 2007 (149.726,0 Tsd. EUR) um 632,7 Tsd. EUR. Während im Vergleich zum Jahr 2006 die Schlüsselzuweisungen um 4.158,0 EUR (127.148,0 Tsd. EUR), die Einnahmen für die Schülerbeförderung (1.043,2 Tsd. EUR) um 11,0 Tsd. EUR und die Jugendpauschale einschließlich Fachkräfteprogramm um 7,7 Tsd. EUR auf 857,7 Tsd. EUR steigen, sinken die Einnahmen aus der Zuweisung der Sozialhilfelasten um 743,6 Tsd. EUR auf 13.204,2 Tsd. EUR, die Zuweisungen nach dem Aufnahmegesetz um 1.773,0 Tsd. EUR auf 3.247,0 Tsd. EUR (5.020,0 Tsd. EUR). Die Straßenbaulastzuweisung (289,8 Tsd. EUR) bleibt gegenüber 2006 in gleicher Höhe bestehen.

Für die Finanzplanung gelten die Aussagen der mittelfristigen Finanzplanung des Landes. Die Planung der Allgemeinen Zuweisung basiert auf der Grundlage zum Zustimmungsbeschluss vom 15.02.2006 (DS0045/06), in der ein Überblick zu den Allgemeinen Zuweisungen der Jahre 2006 bis 2010 gegeben wurde. Die Kürzungen durch das Land Sachsen-Anhalt betragen von 2007 – 2009 kumulativ 11.688,0 Tsd. EUR.

Die Allgemeinen Zuweisungen vom Land steigen im Vergleich zu 2006 unwesentlich um 1.641,4 Tsd. EUR an. Damit wird die in der mittelfristigen Finanzplanung zum Haushaltsplan 2006 unterstellte Steigerung um 1.027,0 Tsd. EUR erreicht. Dieser positive Effekt wird jedoch durch die negativen Änderungen des FAG (Streichung Familienleistungsausgleich 7,2 Mio. EUR) im hohen Maße konterkariert.

Die Leistungen des Landes aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Grupp.-Nr. 092) wurden in Höhe von 7.200,0 Tsd. EUR (Vorjahr 5.000,0 Tsd. EUR), die Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von Sonderlasten (Grupp.-Nr. 093) in Höhe von 18.400,0 Tsd. EUR (Vorjahr 18.500,0 Tsd. EUR) veranschlagt. Die Veranschlagung für das Haushaltsjahr 2007 basiert auf der Entwicklung der Ausgaben nach dem SGB II im Haushaltsjahr 2005/2006. Die Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung (Grupp.-Nr. 191) wird auf bisherige Erfahrungswerte des Jahres 2006 aufgebaut. Dazu ist jedoch auszuführen, dass aufgrund der zurzeit nicht festgelegten Bundesbeteiligung für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II ein Risiko für den Haushalt der LH MD in Höhe von ca.10.000,0 Tsd. EUR besteht. Eine Neuberechnung der adäquaten Ausgaben (Grupp.-Nr. 69) ergeben eine Erhöhung um 4.287,5 Tsd. EUR.

Die Mehreinnahmen der Hauptgruppe 0 – Steuern und Allgemeine Zuweisungen – betragen 816,0 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Erstattungen von Ausgaben des VwH vom sonstigen öffentlichen Bereich (Grupp.-Nr. 164)

Von der Agentur für Arbeit werden voraussichtlich 1.000,0 Tsd. EUR für Leistungen städtischer Mitarbeiter in der ARGE (über Kosten der Unterkunft hinaus) erstattet, denen jedoch auch Ausgaben im Personalbereich von 2.129,8 Tsd. EUR und im Sachkostenbereich (Bewirtschaftungskosten) von 311,0 Tsd. EUR gegenüber stehen.

Verwaltungsgebühren (Grupp.-Nr. 10 – 12)

Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten (Grupp.-Nr. 10 - 12) sinken um 1.872,0 Tsd. EUR. Auch hier schlägt sich die Eigenbetriebsbildungen der Theater nieder. Die Verwaltungsgebühren, die Parkgebühren und die Entgeltgebühren für die städtischen Schwimmhallen und Freibäder wurden dem Ergebnis 2005/2006 angepasst.

Einnahmen aus Verkauf (Grupp.-Nr. 13 – 15)

Vorwiegend durch die für 2006 einmalig veranschlagte Nutzungsüberlassung in Höhe von 16.100,0 Tsd. EUR und für die Umsatzsteuer für die Baukonzession Grube-Stadion (2.576,0 Tsd. EUR) sinken die Einnahmen aus Verkauf (Grupp.-Nr. 13 – 15) um 20.089,4 Tsd. EUR gegenüber 2006.

Erstattungen von Ausgaben des VwH vom Land (Grupp.-Nr. 161)

Die Erstattungen vom Land sind gegenüber 2006 unbedeutend verändert, was überwiegend auf das Funktionalreformgesetz nach § 15 a FAG in Höhe von 437,0 Tsd. EUR (Hst. 1.12000.161000) zurückzuführen ist.

Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land und sonstigen öff. Bereich (Grupp.-Nr. 171/174)

Die Einnahmen verringern sich um 11.898,1 Tsd. EUR (2007 = 20.448,7 Tsd. EUR, 2006 = 32.346,8 Tsd. EUR). Dies begründet sich in der Höhe vorwiegend durch die Eigenbetriebsbildung der Theater.

Mit der Übernahme der Gedenkstätte Moritzplatz ab 01.01.2007 in die Gedenkstättenstiftung des Land Sachsen-Anhalt entfällt die Zuwendung vom Land in Höhe von 228,9 Tsd. EUR.

Andererseits erhält die LH MD aus der Zahlung Kinderförderungsgesetz (KiFöG) Mehreinnahmen in Höhe von 1.760,0 Tsd. EUR zur Zahlung an die Träger der Kindertageseinrichtungen. Diese Einnahmeerhöhung werden durch die Erhöhung der Kinderzahlen sowie durch die jährliche Veränderung der Landespauschale (hier: Erhöhung) begründet. In der Pro-Platz-Pauschale für die freien Träger sind die Landeszuweisungen bereits enthalten.

Gemäß § 11 Absatz 1 KiFöG beteiligt sich das Land an den Kosten der Tagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in Tagespflegestellen. Das Land stellt den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe einen entsprechenden Betrag zweckgebunden zur Finanzierung der Tagesbetreuung zur Verfügung. Gemäß § 11 Absatz 2 KiFöG zahlt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe an die Leistungsverpflichteten (hier: freie Träger) die ihm gemäß Absatz 1 gewährte Landeszuwendung zweckgebunden aus.

Die Einnahmen aus der Förderung vom sonstigen öffentlichen Bereich (ABM) verringern sich um 1.684,8 Tsd. EUR, in gleicher Höhe fallen Personalausgaben (Grupp.-Nr. 4) nicht mehr an.

Zinseinnahmen (Grupp.-Nr. 20)

Die Zinseinnahmen verringern sich gegenüber 2006 um 233,3 Tsd. EUR.

Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (Grupp.-Nr. 24 – 26)

Die Einnahmen erhöhen sich um 419,8 Tsd. EUR gegenüber 2006. 102,0 Tsd. EUR wurden für die Darlehensrückzahlung Miet- und Energiekostenschuldner eingerichtet, insgesamt 92,1 Tsd. EUR mehr als im Vorjahr. Im Unterabschnitt 45500 – Hilfe zur Erziehung – mussten die Kostenbeiträge nach KJHG dem Rechnungsergebnis 2006 angepasst werden (60,0 Tsd. EUR für 2006 / 215,0 Tsd. EUR für 2007). Die Verzinsung von Steuernachforderungen wurden um 200,0 Tsd. EUR auf 2.400,0 Tsd. EUR angehoben, im Gegenzug wurde die Verzinsung von Steuererstattungen (Grupp.-Nr. 84) in gleicher Höhe aufgestockt.

Zusammenfassend sind wesentliche Veränderungen der Einnahmen im Vergleich zu 2006 bei folgenden Einnahmearten tabellarisch dargestellt:

- in EUR -

Gewerbsteuer	Mehreinnahme	2.354.400
Allgemeine Zuweisungen vom Land	Mehreinnahme	4.158.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mehreinnahme	3.114.600
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mehreinnahme	676.500
Einnahmen infolge SGB II (Hartz IV) aus der Umsetzung des 4. Gesetzes f. mod. Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	Mehreinnahme	2.200.000
Erstattung vom sonst. öffentl. Bereich	Mehreinnahme	1.020.000
Ersatz von sozialen Leistungen	Mehreinnahme	166.300
Familienleistungsausgleich	Mindereinnahme	-7.260.100
Einnahmen infolge SGB II (Hartz IV) - aus dem Ausgleich von Sonderlasten	Mindereinnahme	-100.000
- Verwaltungsgebühren	Mindereinnahme	-1.821.300
- Einnahme aus Verkauf, Mieten, Pachten (result. aus Stadionneubau in Einn. u. Ausgaben)	Mindereinnahme	-20.029.400
- Zuweisungen vom Land	Mindereinnahme	-10.213.300
- Zuweisung vom sonst. öffentl. Bereich	Mindereinnahme	-1.684.800

In der nachfolgenden Tabelle werden ausgewählte Einnahmen 2007 dem Ansatz des Haushaltsplanes 2006 und dem Rechnungsergebnis 2005 gegenübergestellt:

- in EUR -

Bezeichnung	Gr.-Nr.	Ansatz 2007	Ansatz 2006	Rechnung 2005	Rechnung 2004
Grundsteuer A	000	180.000	170.000	164.942	174.503
Grundsteuer B	001	26.000.000	27.472.600	24.724.935	25.760.778
Gewerbsteuer	003	61.195.400	58.841.000	56.133.877	51.628.011
Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern	01	40.171.100	44.017.000	42.636.233	42.533.120
Schlüsselzuweisung einschl. Zuweisungen Sozialhilfelasten und Aufnahmegesetz	041	147.757.200	146.115.800	133.409.067	140.717.441
Sonstige Zuweisungen	061				
- Straßenbaulast		289.800	289.800	289.887	126.112
- Jugendpauschale / Fachkräfte- progr.		857.700	850.000	850.069	888.711
- Spielbankabgabe		400.000	400.000	376.572	424.101
- Schülerbeförderung		1.054.000	1.043.000	1.016.091	994.551
Weitergabe von Entlastungen des Landes zur Umsetzung des SGB II	092	7.200.000	5.000.000	7.192.673	0
Ausgleich von Sonderlasten	093	18.400.000	18.500.000	18.435.113	0
Gebühren und ähnliche Entgelte	10 - 12	19.818.000	21.623.900	21.558.232	22.801.182
sonstige Verw.- u. Betriebseinnahmen	13 - 15	5.205.100	25.234.500	8.050.600	8.025.737
Leistungsbet. des Bundes f. KdU	191	37.852.600	37.926.300	19.055.959	-
Gewinnanteile/Konzessionsabgabe	21 - 22	14.874.500	14.908.500	18.068.657	15.830.489
Ersatz sozialer Leistungen	24 - 25	2.626.600	2.460.300	4.965.473	8.603.396
weitere Finanzeinnahmen	26	4.851.900	4.598.400	4.066.839	5.556.490

1.3 Entwicklung ausgewählter Ausgabearten

Die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts in Höhe von 538.095,8 Tsd. EUR verringern sich gegenüber dem Haushaltsplan 2006 um 14.862,3 Tsd. EUR. Zu den wesentlichen Mehrausgaben und Minderausgaben des Verwaltungshaushaltes werden nachfolgend Begründungen gegeben.

Personalausgaben (Grupp.-Nr. 4)

Auf der Basis der Entgelte des Monats April 2006 erfolgte die stellen- und personenbezogene Ermittlung des Haushaltsansatzes je Beschäftigten für 2007.

Die bereits vorliegende Tarifierfassung ab 01.01.2007 (1,5 %) wurde entsprechend eingearbeitet und hat ein finanzielles Volumen von 2.200,0 Tsd. EUR.

Die Anpassung der Beitragsgrenzen in der Sozialversicherung wurde wie bisher auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen vorgenommen. (Schätzungen auf der Basis der Vorjahre - Gesamtzusatzvolumen - 1.900,0 Tsd. EUR). Die durch gesetzliche Neuregelungen zusätzlichen Kosten sind in der beiliegenden Tabelle aufgeführt und betragen für die Beamtenentgelte (Erhöhung Beihilfeumlage und Versorgungsumlage) 440,0 Tsd. EUR. Für die Einführung der Umlage an die Krankenkassen zum Mutterschutz entstehen Zusatzkosten von 230,0 Tsd. EUR. Ebenfalls eingearbeitet ist die Einführung von Leistungsentgelten mit einem Gesamtvolumen von 600,0 Tsd. EUR.

Fazit der Personalkostenplanung 2007:

Es ist gelungen, dass die Personalkosten im DKPK4 trotz der genannten Zusatzkosten in Höhe von 4.030,0 Tsd. EUR gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 lediglich einen Zuwachs 500,0 Tsd. EUR aufweisen. Dieses positive Ergebnis ist der konsequenten Umsetzung der personalwirtschaftlichen Ziele der Dezernate zu verdanken, dabei besonders den ersten Auswirkungen des Projektes SPE und weiteren Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

Durch die Eigenbetriebsgründungen wurden 20.963,2 Tsd. EUR (Theater Magdeburg/Puppentheater) und 10.067,3 Tsd. EUR (KGm) Personalkosten (teilweise Umwandlung in Sachkosten) reduziert.

Die Personalausgaben der Verwaltung (DKPK4) sind mit 112.142,2 Tsd. EUR (2006 = 121.666,6 Tsd. EUR) veranschlagt. Der Anteil der Personalausgaben der Verwaltung an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes beträgt 20,8 % und ist gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gesunken.

Im DKPK4 sind nicht enthalten:

- Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit (Grupp.-Nr. 400)	289.200 EUR
- Personalkosten ABM (PKABM)	99.700 EUR
- Personal-Nebenausgaben (Grupp.-Nr. 46)	5.000 EUR
- Vergütung nebenamtlicher Musikschullehrer (Grupp.-Nr. 4141-444)	587.200 EUR
- Beschäftigungsentgelte (Grupp.-Nr. 416)	468.100 EUR

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Grupp.-Nr. 50-66)

Die Ausgaben für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand betragen insgesamt 72.299,8 Tsd. EUR und sind damit gegenüber 2006 um 6.564,0 Tsd. EUR verringert. Hier schlagen sich ebenfalls die Reduzierungen aus den Eigenbetriebsbildungen Theater und KGm nieder (4.029,4 Tsd. EUR Theater Magdeburg und Puppentheater).

Minderausgaben ergeben sich ebenfalls in Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme Nr. 80 (Planungsleistungen) in Höhe 405,3 Tsd. EUR in den Ämtern 61, 63, 65, 66, FB 62 und auf der Grundlage der DS 0148/06 in Höhe von 83,8 Tsd. EUR im FB 41, Kulturbüro (IV/01), Team Gesellschaftshaus (IV/02) und im Amt 44. Die Mittel für die Hochbauunterhaltung (DK500 für 2006) steigen um 500,0 Tsd. EUR und werden ab 2007 in der Gruppierung 675 veranschlagt (s. **Anlage 18**).

Mit der Übernahme der Gedenkstätte Moritzplatz durch das Land Sachsen-Anhalt ab dem 01.01.2007 verringern sich die Ausgaben in Höhe von 71.100 EUR einschließlich Hochbauunterhaltung. Des Weiteren sind in Folge der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme Nr. 16 mit der Überleitung des Technikmuseums in freie Trägerschaft Minderausgaben in Höhe von 95,5 Tsd. EUR einschließlich Hochbauunterhaltung zu verzeichnen.

Für Mieten und Pachten (Grupp.-Nr. 53) steigen die Ausgaben um 7.727,8 Tsd. EUR gegenüber dem verfügbaren Budget 2006. Im Zuge der Eigenbetriebsbildung wurden 8.159,0 Tsd. EUR als Nutzungsentgelte im UA 87300 Eigenbetrieb „Kommunales Gebäudemanagement“ eingestellt (**Anlage 17**). Eine Übersicht zu den einzelnen Objekten wird in **Anlage 13 und 14** dargestellt.

Die Betriebskostenplanung für 2007 erfolgte durch den Fachbereich 03 (vor der Eigenbetriebsbildung KGm) auf der Basis der Verbrauchsabrechnung 2004 und wurden an die Fachämter/-bereiche übermittelt. Diese meldeten im Rahmen der Budgethoheit die in den Haushaltsplan eingearbeiteten Ansätze zu den Bewirtschaftungskosten an. In der Haushaltsstelle 1.88300.540100 wurden bereits 2006 für 2007 zur Kompensation der Energiekostensteigerung zentral 904,0 Tsd. EUR eingestellt. Insgesamt wurden Bewirtschaftungskosten (Grupp.-Nr. 540) in Höhe von 15.766,6 Tsd. EUR veranschlagt, damit verringern sich die Ansätze gegenüber 2006 um 1.357,8 Tsd. EUR (2006 = 17.124,4 Tsd. EUR). Dies ist insbesondere auf die Umsetzung verschiedener Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen (Effekt 770,5 Tsd. EUR).

Die Ausgaben für weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Grupp.-Nr. 56 – 63) verringern sich gegenüber 2006 um 3.244,9 Tsd. EUR. Dies resultiert u. a. daraus, dass:

- durch die Eigenbetriebsbildung KGm im Deckungskreis KID und in den Unterabschnitten 02020 und 88300 Ausgliederungen von Kosten in Höhe von 622,9 Tsd. EUR erfolgten,
- 201,2 Tsd. EUR weniger in Einnahmen und Ausgaben im Dezernat III veranschlagt wurden,
- 70,0 Tsd. EUR im Deckungskreis Wahlen (DKWAHL) verringert wurden, da 2007 keine Wahlen durchgeführt werden,
- 1.683,0 Tsd. EUR durch die Eigenbetriebsbildung für die Theater verringert wurden,
- die Ausstellung „Heiliges römisches Reich deutscher Nation“ 2006 endet und dafür 382,0 Tsd. EUR einmalig veranschlagt wurden,
- für die DS0148/06 insgesamt 1.662,1 Tsd. EUR Budgetausgaben reduziert wurden, davon entfallen auf die o.g. Gruppierung 78,1 Tsd. EUR,
- die Telemann-Festtage 2006 (alle 2 Jahre) durchgeführt wurden, daraus resultiert die Minderausgabe in Höhe von 154,5 Tsd. EUR.

Gegenüber den Ausgaben für Steuern, Versicherungen und Schadensfällen (Grupp.-Nr. 64) verändern sich die Ansätze gegenüber 2006 um 2.576, 0 Tsd. EUR, insbesondere durch die einmalige Veranschlagung der Umsatzsteuer für die Baukonzession des Neubaus Grube-Stadion für 2006 (analog verringern sich dazu die Einnahmen Grupp.-Nr. 159).

Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Grupp.-Nr. 675)

Die Erstattungen umfassen ein Volumen von insgesamt 8.487,6 Tsd. EUR, davon für die Hochbauunterhaltung 5.017,6 Tsd. EUR (ehemaliger Deckungskreis 500). Diese Ausgaben stellen sich als Kostenerstattung im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KGm dar. Die Untersetzung aller veranschlagten Mittel für Bauunterhaltung werden in **Anlage 18** dargestellt.

Die Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens wie u. a. die Unterhaltung der Straßen und der Park- und Grünanlagen (Grupp. 50 – 51) umfasst ein Volumen von 16.536,9 Tsd. EUR. Für Leistungen zur Unterhaltung des öffentlichen Grüns (ehemaliger Deckungskreis 510) sind die Ausgaben in Höhe von 52,0 Tsd. EUR (**Anlage 15**) und 42,9 Tsd. EUR (**Anlage 16**) für SFM geplant und wie oben als Kostenerstattung im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KGm veranschlagt.

Zuweisungen und Zuschüsse (Grupp.-Nr. 71)

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke erhöhen sich um 17.059,3 Tsd. EUR gegenüber 2006, resultierend aus der Bildung der Eigenbetriebe.

darunter: Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Grupp.-Nr. 715)

Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Ausgaben dieser Gruppierung um 15.603,9 Tsd. EUR. Hier wurden die verschiedenen Zuschüsse an die Eigenbetriebe veranschlagt.

Zuschüsse an private Unternehmen/übrige Bereiche freie Träger (Grupp.-Nr. 717/718)

Einen Zuwachs von 1.455,4 Tsd. EUR haben die laufenden Zuschüsse zu verzeichnen.

An erster Stelle sind hier die um 1.562,0 Tsd. EUR gestiegenen Zuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen zu nennen. Die Deckung erfolgt im Wesentlichen aus den Mehreinnahmen vom Land (s. Grupp. 171).

Leistungen der Sozialhilfe u. a. soziale Leistungen (Grupp.-Nr. 73 – 79)

Die Ausgaben für die Leistungen der Sozialhilfe (Grupp.-Nr. 73 bis 77) sind gegenüber dem Vorjahr um 353,1 Tsd. EUR rückläufig. Dafür steigen die Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung (Grupp.-Nr. 78) um 1.188,0 Tsd. EUR an. Daneben sinken die Ausgaben für Asylbewerber (Verringerung der Einwandererzahlen) um 110,5 Tsd. EUR.

Die Ausgaben des Deckungskreis Sozialausgaben (DKSOZ) steigen gegenüber dem Vorjahr 2006 um insgesamt 4.397,0 Tsd. EUR auf nunmehr 95.057,5 Tsd. EUR an. Gleichzeitig verringern sich die Einnahmen in diesem Deckungskreis von 39.355,8 Tsd. EUR für 2006 auf 39.211,2 Tsd. EUR für 2007 um 144,6 Tsd. EUR.

▪ *UA 42000 – Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes*

Die Ausgaben für Leistungen für § 2 AsylbLG und für Grundleistungen in Einrichtungen wurden der Hochrechnung 2006 angepasst. Die Ausgaben sinken um 555,5 Tsd. EUR auf nunmehr 1.660,5 Tsd. EUR, auch weil die Zuweisung von Bewerbern für 2007 aufgrund der geänderten Gesetzeslage (Zuwanderungsgesetz) als rückläufig eingeschätzt wird.

▪ *UA 42010 - Geduldete Asylbewerber ohne Erstattung vom Land*

Der Zuwachs an Asylanten, deren Aufenthaltskosten nach zweijährigem Aufenthalt als nicht erstattungsfähig gelten, steigt. Die Einnahmen aus Erstattung von Gemeinden wurden auf Null reduziert, da sich bereits für 2006 voraussichtlich keine Erstattungen ergeben werden. Für Leistungen in besonderen Fällen musste der Ansatz dem voraussichtlichen Ergebnis 2006 angepasst werden und zieht damit Ausgabeerhöhungen von 445,0 Tsd. EUR nach sich.

▪ *UA 48200 - Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch*

Dieser Unterabschnitt wurde für die Grundsicherung nach dem SGB II (Hartz IV) ab 2005 eingerichtet und dem Deckungskreis DKSOZ zugeordnet. Die veranschlagten Erstattungen vom Land für Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende wurden gegenüber 2006 geringfügig korrigiert (2006 = 37.926,3 Tsd. EUR, 2007 = 37.852,6 Tsd. EUR) und die dafür zu leistenden Ausgaben (2006 = 76.530,5 Tsd. EUR, 2007 = 81.171,0 Tsd. EUR) wurden aufgrund von Erfahrungswerten aus 2005 und der Hochrechnungen für 2006 ermittelt. Gegenüber 2006 erhöhen sich die Ausgaben um 4.640,5 Tsd. EUR. Dazu ist jedoch auszuführen, dass aufgrund zurzeit nicht festgelegter Bundesbeteiligungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II ein Risiko für den Haushalt der LH MD in Höhe von ca. 10.000,0 Tsd. EUR besteht.

▪ *UA 48500 - Leistungen der Grundsicherung (GSiG)*

Die Ausgaben für Leistungen in und außerhalb von Einrichtungen mussten nach der Entwicklung in 2005 und im 1. Halbjahr 2006 und der darauf aufbauenden Hochrechnung für das Jahr 2007 höher veranschlagt werden. Der voraussichtliche Mehrbedarf beträgt 582,0 Tsd. EUR und steigt auf ein Volumen von 5.233,0 Tsd. EUR. Insbesondere führt die Übernahme von Leistungen der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen für den Personenkreis, denen ein Umzug nicht zuzumuten ist, zu diesen Mehrausgaben und die Übernahme der Beiträge zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung.

Zinsausgaben (Grupp.-Nr. 80)

Die Zinsausgaben werden für 2007 insgesamt mit 16.817,9 Tsd. EUR veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von 2.186,9 Tsd. EUR zu erwarten. Mehrausgaben zur Sicherung der Kassenliquidität für Kassenkredite (Deckungskreis KREMA) mussten in Höhe von 2.655,0 Tsd. EUR veranschlagt werden. Die Begründung liegt im Ansteigen der Zinssätze und der Erhöhung des Kassenkreditbedarfes infolge der kontinuierlichen Verschlechterung der Liquiditätssituation (**Anlage 3**).

Zuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp.-Nr. 86)

Für das Haushaltsjahr 2007 wurde die Zuführung in Höhe von 14.236,1 Tsd. EUR (gegenüber 2006 mit 30.772,2 Tsd. EUR) veranschlagt. Die Minderung liegt vorwiegend in der Finanzierung für den Neubau des Grube – Stadions für 2006 begründet, die 2007 nicht mehr wirksam wird.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt hat gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO mindestens in Höhe der ordentlichen Tilgung von Krediten (Pflichtzuführung) zu erfolgen.

Deckung von Soll-Fehlbeträgen des Vorjahres im Verwaltungshaushalt (Grupp.-Nr. 893 – 894)

Die Deckung des Soll-Fehlbetrages (Grupp.-Nr. 893 – 894) aus dem Haushaltsjahr 2005 beträgt 84.200,8 Tsd. EUR. Mit der Haushaltsplanung 2005 wurde ein Fehlbetrag von 86.626,0 Tsd. EUR ausgewiesen, der jedoch durch das Wirken des Haushaltskonsolidierungskonzeptes nicht in voller Höhe eingetreten ist und damit reduziert werden konnte.

Zusammenfassend sind wesentliche Veränderungen der Ausgaben im Vergleich zu 2006 bei folgenden Ausgabearten tabellarisch dargestellt:

		- in EUR -
Personalausgaben (Gr.-Nr. 4)	Minderausgabe	-33.557.500
Unterhaltung d. Grundstücke (Gr.-Nr. 50-51)	Minderausgabe	-5.075.300
Geräte und Ausstattg. (Gr.-Nr. 52)	Minderausgabe	-269.300
Bewirtschaftungskosten (Gr.-Nr. 54)	Minderausgabe	-1.338.000
Aufwendungen für Bedienstete (Gr.-Nr. 56-63)	Minderausgabe	-3.244.900
Zuführung an den Vermögenshaushalt (Gr.-Nr. 86) (result. aus Stadionneubau in Einn. u. Ausgabe)	Minderausgabe	-16.536.100
Erstattungen von Ausgaben des VwH (Gr.-Nr. 675)	Mehrausgabe	5.156.100
Leistungsbeteiligung b. Leistungen für Unterkunft u. Heizung (Gr.-Nr. 69)	Mehrausgabe	4.287.500
Zuschüsse an kommunale Sonderrechnungen (Gr.-Nr. 715)	Mehrausgabe	15.603.900
Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche (Gr.-Nr. 718)	Mehrausgaben	1.050.400
Leistungen d. Grundsicherung (Gr.-Nr.781)	Mehrausgabe	590.000
Zinsausgaben an kommunale Sonderrechnung (Gr.-Nr. 805)	Mehrausgabe	1.387.700
Deckung von Soll-Fehlbeträgen (Gr.-Nr. 894)	Mehrausgabe	22.218.600

Die Entwicklung ausgewählter Ausgabearten sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

- in EUR -

Bezeichnung	Grupp. Nr.	Ansatz 2007	Ansatz 2006	Rechnung 2005	Rechnung 2004
Personalausgaben	4	113.591.400	147.148.900	148.908.071	165.819.999
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	50 - 66	72.299.800	78.863.800	79.931.699	77.049.047
Erstattung v. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	67	15.489.300	20.615.400	20.213.992	12.623.042
Kalkulatorische Kosten	68	384.700	375.100	449.590	479.421
Leistungsbeteiligung nach SGB II	69	80.681.000	76.393.500	66.945.989	0
Zuweisungen und Zuschüsse darunter:	71	100.091.400	83.032.100	84.945.545	72.292.830
an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen	715	56.625.400	41.021.500	44.736.753	46.798.684
an private Unternehmen	717	767.500	362.500	981.977	893.537
an übrige Bereiche	718	42.698.500	41.648.100	35.914.817	24.458.660
Leistungen d. Sozialhilfe	73 - 77	21.378.000	21.731.100	20.709.466	95.405.233
sonstige soziale Leistungen (u.a. Grundsicherung)	78	9.158.000	7.970.000	7.955.645	
Leistungen nach Asylbewerberl.G.	79	3.442.500	3.553.000	3.338.983	
Schuldzinsen	80	16.817.900	14.631.000	14.021.899	13.786.170
Gewerbesteuerumlage	81	5.168.000	4.969.300	5.659.255	3.370.928
Zuführung zum Vermögenshaushalt	86	14.236.100	30.772.200	12.867.910	10.470.787
Deckung von Fehlbeträgen	894	84.200.800	61.982.200	42.835.619	13.561.340

1.4 Innere Verrechnung 2007 (Grupp.-Nr. 169 und 679)

- in EUR -

	Ansatz 2007 Einnahmen Ausgaben	Ansatz 2006 Einnahmen Ausgaben	Ansatz 2005 Einnahmen Ausgaben
1. Verwaltungskostenbeiträge			
Hst. 169100	495.700	775.000	981.100
Hst. 679100	495.700	775.000	981.100

2. Personalgemeinkosten			
Hst. 169200	0	948.700	1.365.000
Hst. 679200	0	948.700	1.365.000
3. Wartung Feuerlöscher			
Hst. 169300	21.700	34.300	19.700
Hst. 679300	21.700	34.300	19.700
4. KGm			
Hst. 169400	0	9.035.700	8.425.100
Hst. 679400	0	9.035.700	8.425.100
5. Sonstige Erstattungen			
Hst. 169600	58.800	58.800	58.800
Hst. 679600	58.800	58.800	58.800
6. Schulen / Sport			
Hst. 169610	0	0	206.000
Hst. 679610	0	0	206.000
Gesamt	576.200	10.852.500	11.055.700

Die Abbildung der Inneren Verrechnung – Personalgemeinkosten – entfällt zur Haushaltsplanung 2007. Die Verflechtungen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten innerhalb eines Fachbereiches/Amtes werden in Form von kostenträgerbezogenen Arbeitszeitbuchungen im LEIPOS oder als Kostenstellenumlagen im Rahmen der Kostenrechnung abgebildet. Eine zusätzliche Berücksichtigung innerhalb des kameralen Haushaltes ist daher für eine Kosten- und Leistungstransparenz nicht mehr notwendig.

Die innere Verrechnung des KGm entfällt zur Haushaltsplanung 2007. Sie spiegelt sich nunmehr im zahlungswirksamen Nutzungsentgelt wider (**Anlage 17**).

1.5 Entwicklung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen/Arbeitsförderung

In der Zusammenfassung aller Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung sind Ausgaben in Höhe von 4.153,8 Tsd. EUR und Einnahmen von 85,6 Tsd. EUR im Haushaltsplan 2007 veranschlagt.

Ab 2006 wird die bisherige Trägerschaft der Fachämter der Stadtverwaltung über ABM auf Grundlage einer Vereinbarung durch die AQB gGmbH und die GISE abgelöst, d.h. die Struktur der Durchführung wurde verändert. Aus diesem Grund sinkt der Zuschuss für 2007 gegenüber 2006, darauf entfallen für ABM Personalkosten 525,9 Tsd. EUR (davon: 270,0 Tsd. EUR HKK Maßnahme 83, 108,3 Tsd. EUR für DS 0575/05 „BIB – Berufliche Integration benachteiligter Jugendlicher –“ und 107,6 Tsd. EUR für DS 0148/06). Bei Zuschüssen an Verbände und Vereine erfolgte gemäß DS 0148/06 eine Kürzung von 57,6 Tsd. EUR. Mindereinnahmen von 4,2 Tsd. EUR resultieren aus Zwischen- und Endabrechnungen von Zuschüssen für arbeitsförderliche Maßnahmen. Weiterhin werden über den oben genannten Rahmen hinaus noch Mittel in Höhe von 1.187,1 Tsd. EUR innerhalb eines Rahmenprogramms für Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen über den Haushalt der Stadt abgerechnet.

Vergleich der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Arbeitsförderung 2007 zu 2006 und 2005 - Deckungskreise SKABM; PKABM; DKAFM

1.5.1 ABM Personalkosten

- in EUR -

UA alt/UA neu	Einnahmen (174500)			Ausgaben (417/418)		
	HPL 2007	HPL 2006	RE-Erg. 2005	HPL 2007	HPL 2006	RE-Erg. 2005
1.02200/02000		0	2.778		0	1.865
1.12000	3.500	13.500	10.025	4.500	18.000	13.787
1.20000	14.000	56.400	40.410	16.200	73.200	54.709
1.21000/21100		212.600	80.742		279.800	109.746
1.23000		106.300	64.323		139.900	85.282
1.27000		106.800	40.335		139.800	52.840
1.27100/24000		68.200	23.958		87.500	29.321
1.29500	4.500	13.500	8.771	6.000	18.000	11.678
1.29510		26.200	19.152		35.000	25.215
1.30000	21.500	97.800	20.044	30.000	125.500	29.700
1.30010		0	15.300		0	33.002
1.30200		27.900	11.293		37.200	13.081
1.30400/33200		15.200	3.759		20.300	5.946
1.31000	7.000	108.500	2.700	9.500	141.000	0
1.32130		0	37.082		0	47.610
1.32140		47.000	17.967		62.700	26.452
1.32200/32190		13.900	10.274		18.600	13.862
1.32310		25.500	0		34.000	0
1.33200/33300		29.500	24.812		39.400	34.341
1.33620/33130		27.600	25.439		36.800	36.196
1.35200	7.000	83.700	32.338	9.000	111.700	44.368
1.40000	3.000	105.200	64.467	3.500	138.400	81.650
1.40700	2.400	67.900	49.204	3.500	90.600	66.396
1.43530		52.700	33.704		70.200	44.449
1.43610		57.000	41.162		76.100	52.559
1.43680	14.000	0	0	16.000	0	0
1.43700		13.500	11.380		18.100	16.634
1.46030/46000		231.900	174.231		297.300	220.769
1.61000	1.200	113.400	45.267	1.500	146.500	61.390
1.79100		40.800	22.195		54.400	31.311
gesamt	78.100	1.762.500	933.112	99.700	2.310.000	1.244.159

1.5.2 ABM Sachkosten

UA alt/UA neu	Einnahmen (174600)			Ausgaben (588600)		
	HPL 2007	HPL 2006	RE-Erg. 2005	HPL 2007	HPL 2006	RE-Erg. 2005
1.35200	800	0	0	800	0	0
1.40000	100	700	0	100	700	0
1.43530	0	900	240	0	900	280
1.43610	0	1.300	0	0	1.300	0
1.43680	600	0	0	600	0	0
1.43700	0	300	75	0	300	74
1.79120/79100	0	3.000	1.500	0	3.000	1.340
gesamt	1.500	6.200	1.815	1.500	6.200	1.694

1.5.3 Zuschüsse für ABM an städtische Gesellschaften und Vereine (DKAFM) - in EUR -

Haushaltsstelle	Einnahmen/Ausgaben		
	HPL 2007	HPL 2006	RE-Erg. 2005
AFG			
1.02210.157200			
1.41020.150000*	6.000	10.200	5.674
1.02210.717000			
1.41020.718000*	341.800	399.400	244.795
GISE			
1.84400.715000	386.000	386.000	136.000
1.84400.715100	1.303.600	1.303.600	1.314.951
AQB			
1.84500.715000	484.500	484.500	317.100
1.84500.715100	1.536.700	1.536.700	1.436.301
gesamt E	6.000	10.200	5.674
gesamt A	4.052.600	4.110.200	3.449.147

* bis 2005 im Unterabschnitt 1.02210 veranschlagt

1.5.4 Zusammenfassung aller Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung

- in EUR -

	Haushaltsplan 2007			Haushaltsplan 2006		
	Einnahmen	Ausgaben	Zuschuss	Einnahme n	Ausgaben	Zuschuss
1. Personalkosten	78.100	99.700	21.600	1.762.500	2.310.000	547.500
2. Sachkosten	1.500	1.500	0	6.200	6.200	0
3. Zuschüsse	6.000	4.052.600	4.046.600	10.200	4.110.200	4.100.000
gesamt	85.600	4.153.800	4.068.200	1.778.900	6.426.400	4.647.500

1.6 Einhaltung des Budgetrahmens 2007

Der Budgetzuschuss 2007 gesamt verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 16.676,2 Tsd. EUR. Dies begründet sich aus der Eigenbetriebsbildung und der damit verbundenen Herauslösung der Budgets 03, 7 und 9.

Im Eckwertebeschluss für den Haushalt 2007 (DS0129/06, Beschluss-Nr. 1023-24(IV)06) wurden Budgeteinnahmen in Höhe von 32.719,0 Tsd. EUR und Budgetausgaben in Höhe von 77.862,2 Tsd. EUR beschlossen. Mit dem Beschluss der DS0148/06 – Konsolidierung – am 04.05.2006 wurde eine Reduzierung der Budgets 0 - 6 um 1.662,1 Tsd. EUR festgelegt. Im Zuge der Einarbeitung dieser Kürzung wurde vereinbart, dass nicht nur Minderausgaben, sondern auch Mehreinnahmen zur Verringerung des Gesamtzuschusses beitragen können.

Die Vorgabe wurde als Soll- und Ist-Einsparpotential in den entsprechenden Haushaltsstellen für 2007 aufgenommen.

Die Budgetvorgaben konnten aufgrund steigender Ausgabepositionen im Zeitverlauf der Planung nicht eingehalten werden. Bei den Budgets 0, 2, 4 und 5 wurden Mehrbedarfe angemeldet. Die Abweichung im Budget 4 ist gravierend und beträgt 1.586,9 Tsd. EUR.

Vorwiegend resultieren die Mehrausgaben aus den Bewirtschaftungskosten auf der Planungsgrundlage des Verbrauches aus 2005 mit der Anpassung an aktuelle Veränderungen lt. 1. Anmeldung des KGm.

Die geänderten Budgetvorgaben weisen nunmehr in Einnahmen 21.670,4 Tsd. EUR und in Ausgaben 51.024,6 Tsd. EUR auf.

Für die zu gründenden Eigenbetriebe „Kommunales Gebäudemanagement“, „Puppentheater der Stadt Magdeburg“ und „theater magdeburg“ wurden die Budgetvorgaben herausgenommen, beim Beschluss der Eckwerte waren sie noch Bestandteil der Budgets 0 – 9.

Im Einzelnen werden Auswirkungen von Beschlüssen und organisatorische Veränderungen nach den Beschlüssen zu den Eckwerten und der Haushaltskonsolidierung dargestellt:

<u>Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister</u>	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe – Eckwertebeschluss 2007 Zuschuss: 652.000 EUR	2.200	654.200
Veränderungen: <u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u> Minderausgaben innerhalb Budget		-20.800
Budgetrahmen neu: Zuschuss: 631.200 EUR	2.200	633.400
Budgetrahmen lt. MA Zuschuss: 680.300 EUR	2.200	682.500
Abweichungen: 49.100 EUR Mehrbedarf	0	49.100
Veränderungen: Mehrbedarf Bewirtschaftungskosten		49.100

<u>Budget 1 – Kommunales, Umwelt u. Allg. Verwaltung</u>	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe – Eckwertebeschluss 2007 Überschuss: 1.268.000 EUR	6.403.600	5.135.600
Veränderungen: <u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u> Minderausgaben innerhalb Budget		-165.400
<u>HKK - Maßnahme Nr. 68 – Porto</u> Minderausgaben		-58.400
Umsetzung Miete f. Amt 30 (aus FB03)		48.000
Budgetrahmen neu: Überschuss: 1.443.800 EUR	6.403.600	4.959.800
Budgetrahmen lt. MA Überschuss: 1.443.800 EUR	6.681.700	5.237.900

Abweichungen: 0 EUR	278.100	278.100
Veränderungen:		
Mehreinnahmen vorwiegend Bürgerservice und damit in Verbindung stehende Mehrausgaben	278.100	204.000
Abdeckung Mehrbedarf Bewirtschaftungskosten		122.200
Miete Amt 31		45.000
Minderausgaben u.a. Straßenverkehrsabteilung		-93.100

<u>Budget 2 – Finanzen</u>	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe – Eckwertebeschluss 2007		
Überschuss: 533.200 EUR	2.943.300	2.410.100
Veränderungen:		
<u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u>		
Mehreinnahmen innerhalb Budget	76.900	
Mehreinnahmen innerhalb Budget	14.900	
HKK-Maßnahme Nr. 68 – Portogebühren		-4.300
Budgetrahmen neu:		
Überschuss: 629.300 EUR	3.035.100	2.405.800
Budgetrahmen lt. MA		
Überschuss: 406.400 EUR	2.984.100	2.577.700
Abweichungen: 222.900 EUR Mehrbedarf	-51.000	171.900
Veränderungen:		
UA 03000/03300 (Finanzservice) wegen Einführg. Forderungsmanagement (DS 0538/05)		46.000
Aus- u. Weiterbildung (UA 03010 Zentrales Controlling)		600
Weiterbildg. u. Softwareerwerb (UA 03020 Einführg. Doppik)		61.000
UA 03500/03600/88000 (Liegenschaftsservice/Allg.Grundvermögen) Mehrausgaben in Grupp. 510 (Unterhaltung Grünanlagen) wegen Wegfall ABM /Vergabe an Privat und Mindereinnahmen in Grupp. 140 (Wegfall diverser Mieteinnahmen)	-51.000	64.300

<u>Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus u. regionale Zusammenarbeit</u>	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe – Eckwertebeschluss 2007		
Zuschuss: 620.000EUR	185.200	805.200
Veränderungen:		
<u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u>		
Minderausgaben innerhalb Budget		-25.700
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 594.300 EUR	185.200	779.500
Budgetrahmen lt. MA		
Zuschuss: 594.300 EUR	152.200	746.500

Abweichungen: 0 EUR	-33.000	-33.000
Veränderungen:		
Mindereinnahmen/Minderausgaben Zuwendungen u. Zuschüsse	-33.000	-33.000

Budget 4 – Bildung, Sport und Kultur	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe - Eckwertebeschluss 2007		
Zuschuss: 13.147.300	6.192.700	19.340.000
Veränderungen:		
<u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u>		
Kürzung Honorar VHS (OB-DB 27.06.2006)		-30.000
Mehreinnahmen Bäder (OB-DB 18.07.2006)	37.600	
Mehreinnahmen im Kulturbüro	6.200	
Benutzungsgebühr – Kultur (OB-DB 18.07.2006)	27.000	
Minderausgaben im FB 41, Kulturbüro, Team Gesellschafts- haus, Konservatorium		-83.800
Summe	70.800	113.800
Umsatzsteuer Ernst-Grube-Stadion	-978.400	-978.400
HKK Nr. 76 – Betreuung Sportstätten	10.000	-11.500
HKK Nr. 68 – Minderung Ausgaben Porto – FB 40		-500
DS 0581/05 Übertragung Technikmuseum an Verein	-11.700	-75.500
DS 0066/06 Entgeltordnung Gesellschaftshaus/ Konzerthalle	6.700	
DS 0103/06 Neufassung Satzung Unterrichtsgebühren	20.000	
Umwandlung PK in SK / E.-G.-Stadion		77.700
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 12.927.900 EUR	5.310.100	18.238.000
Budgetrahmen lt. MA		
Zuschuss: 14.514.800 EUR	5.419.400	19.934.200
Abweichungen: 1.586.900 EUR Mehrbedarf	109.300	1.696.200
Veränderungen:		
<u>Bereich Bildung/Sport</u>		
Mindereinnahmen Benutzungsgebühren VHS	-50.000	
Mindereinnahmen Entgelte Bäder und Schwimmhallen	-243.500	
Mindereinnahmen Mieten durch weniger Wohnheimnutzer	-20.000	
Handball – WM 2007	125.000	200.000
Zuschuss Land für Bundesleistungszentrum	-24.000	
Bewirtschaftungskosten (Grundlage Abrechnung 2005 o. Aufwuchs MWSt u.a.m.)		1.122.000
Schülerunfallversicherung		45.800
Mehreinnahmen/-ausgaben innerhalb FB 40	318.200	318.200
<u>Bereich Kultur</u>		
Mehreinnahmen aus Kooperationsvertrag Gastronomie	3.600	
Zuwendung an den Verein Literaturhaus (DS0388/04) – Herauslösung aus dem Budget		-24.200
Bewirtschaftungskosten durch Nutzung der Räume		11.000
Brandenburger Str./Museumsdepot		
Umzugskosten Museum für Naturkunde		23.400

<u>Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit</u>	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe - Eckwertebeschluss 2007		
Zuschuss: 7.495.200 EUR	1.437.600	8.932.800
Veränderungen:		
<u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u>		
1.40000.650000.4 – Geschäftsausgaben		-18.300
1.40000.652000.2 –Post- und Fernmeldegebühren		-25.000
1.40700.530000.3 – Mietausgaben		-40.000
1.43530.572000.2 – sonstige Verbrauchsmittel		-300
1.47000.718000.7 – Zuschüsse Förderung Wohlfahrtspflege		-3.000
1.47100.718000.5 – Zuschüsse Förderung Altenpflege		-5.000
1.50000.562000.8 –Aus- und Fortbildung		-2.000
1.50000.588000.8 – sonstige Sachausgaben		-2.000
1.50000.654000.7 – Dienstreisen		-5.000
Umsetzung DS 0575/05 „BIB-Magdeburg“ vom DK AFM		108.300
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 7.502.900 EUR	1.437.600	8.940.500
Budgetrahmen lt. MA		
Zuschuss: 7.556.100 EUR	1.533.700	9.089.800
Abweichungen: 53.200 EUR Mehrbedarf	96.100	149.300
Veränderungen:		
Mehrbedarf Bewirt.kosten der Ämter 50,51,53		53.200
1.50000.1100/10100 Mehreinnahmen Bestattg.kosten	23.700	
1.11610.110000.8 Mehreinn. entspr. Entgeltordg. v. 17.05.06	10.000	
Mehreinnahmen Amt 53 1.50000.101000 - Ersatzvornahmen	43.200	
Mindereinnahmen 1.50000.10000 – Verwaltungsgebühren	-30.000	
Mehreinnahmen im TB551 (vorrangig UA 46810 Frühförderberatungsstelle - vom Land)	53.900	
Mindereinnahmen im TB 550		
1.40000.100000 - Verwaltungsgebühren / Wohnberechtigungsscheine, 1.43530.160300 – Erstattung für Zivildienstleistende	-4.700	

<u>Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr</u>	Einnahmen EUR	Ausgaben EUR
Vorgabe – Eckwertebeschluss 2007		
Zuschuss: 8.791.300 EUR	4.440.900	13.232.200
Veränderungen:		
<u>DS 0148/06 – Konsolidierung (Kürzung 3,1 %)</u>		
Mehreinnahme 1.68000.110000.0 - Parkgebühren Amt 66	422.100	
DS 0135/06, HKK Nr. 79 – Veröffentlichungen	35.000	
Einnahmeerhöhung Amt 61		
DS 0136/06, HKK – Maßnahme Nr. 80 - Planungsleistungen		-228.700
Ausgabeminderung Amt 61		
Einnahmeerhöhung im Amt 66	92.500	

Ausgabenminimierung im FB 62		-10.000
Ausgabenminimierung im Amt 63		-10.500
Ausgabenminimierung im Amt 65		-1.800
Ausgabenminimierung im Amt 66		-120.000
Budgetrahmen neu:		
Zuschuss: 7.870.700 EUR	4.990.500	12.861.200
Budgetrahmen lt. MA		
Zuschuss: 7.858.900 EUR	4.897.100	12.756.000
Abweichungen: -11.800 EUR Minderbedarf	-93.400	-105.200
Veränderungen:		
Umwandlung SK (Amt 66) in PK (FB 01) f. Verkehrszähler		-36.300
Minderausgaben sächl. Verwaltungs-u. Betriebsaufwand (Ämter 61, 63, 65 u. FB 62)		-93.400
Mehrbedarf Bewirtschaftungskosten (Ämter 61 - 66, FB 62)		24.500

2. Vermögenshaushalt

Wie bereits in den vergangenen Jahren, so gestaltete sich auch in diesem Jahr die Aufstellung des Vermögenshaushaltes 2007 schwierig, da viele Investitionen nicht berücksichtigt werden konnten. Die Grundlage für die Aufstellung des Vermögenshaushaltes bildete der mit dem Haushaltsplan 2006 beschlossene mittelfristige Kreditrahmen für das Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 8.827 Tsd. EUR. Durch die Begrenzung des Kreditrahmens ist der finanzielle Spielraum für Investitionen außerordentlich eng. Gegenüber dem Eckwertebeschluss beruhen Veränderungen in den einzelnen Vorhaben auf Verschiebungen der Kassenwirksamkeit in die Folgejahre. Neue Investitionsvorhaben konnten nur minimal berücksichtigt werden, weil es derzeit keine Spielräume für eine komplette Finanzierung auch für die Folgejahre gibt.

Als Arbeitsgrundlage für die Bilanzierung der Mittel im Vermögenshaushalt wurde von der Verwaltung die bestehende Prioritätenliste des Jahres 2006 (2006 bis 2009) fortgeschrieben und um das Haushaltsjahr 2010 ergänzt. Bei der Erarbeitung des Entwurfes der Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010 für den Oberbürgermeister ergab sich durch die Verschiebung der Kassenwirksamkeit in einigen Vorhaben nunmehr für das Jahr 2007 eine Krediterhöhung von ca. 400 Tsd. EUR gegenüber der mittelfristigen Planung 2006 für 2007 des Haushaltsplanes 2006. Durch Kürzungen in Bereichen des Tiefbauamtes, der Arbeitsmarktpolitik und in den Budgets gelang es, noch einige neue Maßnahmen (wie Kindereinrichtungen, Hochwasserschutzmaßnahmen und die Sanierung der Nebenplätze des Ernst-Grube-Stadions) in den Haushaltsplanentwurf 2007 einzustellen und die Krediterhöhung gegenüber dem Planentwurf 2007 aus 2006 von ca. 400 Tsd. EUR auszugleichen. Dieses wurde mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2007 bis auf 36,4 Tsd. EUR erreicht. Durch den Runderlass des MI vom 01.09.2006 erhält die LH MD 197,0 Tsd. EUR weniger FAG Mittel nach § 11a, so dass jetzt eine Erhöhung gegenüber dem Planentwurf 2007 aus 2006 von 233,4 Tsd. EUR besteht (**Anlage 9, Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010**).

Das ein weitaus größerer Bedarf an Investitionsmaßnahmen besteht, zeigt die beigegefügte Liste „Neue Investitionsvorhaben 2007 – 2010“ (**Anlage 10**). Diese sogenannte „ungedeckte Investitionsliste“ beinhaltet alle wichtigen Investitionen, die nicht in die Investitionsprioritätenliste 2007 – 2010 eingearbeitet werden konnten, da sie den derzeitigen Kreditrahmen überschreiten würden.

Wie bereits oben erwähnt, mussten in einigen Bereichen Kürzungen vorgenommen werden, um die im Entwurf der Investitionsprioritätenliste entstandene Krediterhöhung auszugleichen und um gleichzeitig einige neue wichtige Investitionsvorhaben (SR-Beschlüsse) mit aufzunehmen.

So wurden in der Investitionsprioritätenliste (**Anlage 9**) folgende Vorhaben gekürzt:

Anlage 2 „Erwerb beweglicher Sachen“ 400 Tsd. EUR,
 Anlage 7 „Siedlungsstraßen“ 500 Tsd. EUR,
 Anlage 9 „Deckschichten/Seitenbahnen“ 500 Tsd. EUR,
 Anlage 10 „Parkstreifen u. Parkeinrichtungen“ 400 Tsd. EUR,
 Anlage 13 „Verkehrssicherheitsmaßnahmen“ 500 Tsd. EUR und in der Hauptliste, lfd. Nr. 14 „Arbeitsmarktpolitik“ 200 Tsd. EUR gekürzt.

Neue wichtige Investitionsmaßnahmen sind der **Anlage 9** zu entnehmen:

- Hochwasserschutz (500 Tsd. EUR),
- die Finanzierung von 5 Kindertagesstätten,
- 3 Nebenplätze „Ernst-Grube-Stadion“ (Sport- u. Spielhallenumbau, Sanierung von Rasenplätzen/Kunstrasenplätze und Umkleidekabinen).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der angemeldeten Investitionen (**Anlage 10**), die bisher nicht berücksichtigt werden konnten:

- in Tsd. EUR -

Stand 12.09.2006	2007	2008	2009	2010
neue Investitionen	14.639	10.698	9.716	12.512
Kreditbedarf	12.279	7.472	7.821	8.387

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2007 – Teil Vermögenshaushalt – stand, wie auch in den vergangenen Jahren, an erster Stelle die Sicherung der Fortführungsvorhaben und der Verpflichtungen, die im Rahmen der Förderprogramme im Städtebau mit Eigenmitteln zu gewährleisten sind.

Mit dem Stand vom 12.09.2006 wurde folgender Finanzrahmen für 2007 des Investitionshaushaltes ermittelt, der diesem vorgelegten Entwurf zu Grunde liegt:

- in Tsd. EUR -

Stand 12.09.2006	2007	2008	2009	2010
Invest. Volumen	80.532	76.971	77.972	72.846
Kreditbedarf	9.061	11.935	6.789	3.918

Diese Beschränkung der Finanzmittel führt zu spürbaren Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg, in dem **nur** die bisher im Vermögenshaushalt veranschlagten Vorhaben aus dem Haushaltsjahr 2006 weitergeführt bzw. abgeschlossen werden und **nur** durch die genannten Kürzungen neue Maßnahmen in den Haushaltsplan 2007 eingestellt werden konnten.

Wie auch im vergangenen Jahr wurde ein Antrag auf Finanzierung des Eigenmittelanteils für GVFG finanzierte Vorhaben gestellt. Im Haushaltsjahr 2006 betraf dieses die Vorhaben (Brücke Sohlener Straße und Zollbrücke) und für das Jahr 2007 in Fortführung die Vorhaben Brücke Sohlener Straße, Brenneckestr. 2. BA und Anschluss Renneweg BL 5.

Die finanzielle Absicherung der laufenden Bauvorhaben hat bei der Erstellung des Vermögenshaushaltes 2007 höchste Priorität. Es handelt es sich u. a. um folgende kommunale Bauvorhaben, die für die qualitative Gestaltung der Landeshauptstadt bzw. für die Lebensbedingungen der Bürger von Bedeutung sind, die es gilt 2007 fertig zustellen bzw. fortzuführen:

- in Tsd. EUR -

Bezeichnung des Objektes	Gesamtwertumfang	davon 2007
- Sanierung des Stadtteiles Buckau	171.444,9	4.136,0
- Sanierung historischer Stadtkern	69.227,3	3.313,8
- Stadtumbauprogramm Ost – Aufwertung (2003 - 2007)	41.115,9	7.044,3
- Stadtumbauprogramm Ost – Rückbau (2003 - 2007)	5.228,7	137,1
- Rekonstruktion Berufsschule VII	6.290,0	2.199,6
- Straßenerneuerung MR/E49)	6.438,1	735,5
- Anschluss Renneweg Baulos 5	1.378,4	970,0
- Rekonstruktion Sohlener Brücke	4.731,5	1.827,1
- Ausbau Schleinufer	4.458,6	1.906,1
- Brennecke Str./2.BA	3.337,1	700,0
- Berliner Ch./Jerichower Str.	6.627,8	1.500,0
- Feuerwache Nord	10.045,0	2.500,0
- SekS Weitling, IZBB-Maßnahme	2.815,7	1.290,8
- GS Lindenhof, IZBB-Maßnahme	3.615,1	1.867,1
- SekS T. Müntzer, IZBB-Maßnahme	3.367,5	2.002,1
-Sanierung Kindertagesstätten		4.979,7
- Sanierung Schulen		8.245,5
		45.354,7

Trotz des engen finanziellen Spielraumes ist ein leichter Anstieg der Baumaßnahmen im Haushaltsplan 2007 zum Vorjahr zu verzeichnen. Während im Haushaltsplan 2006 nur 32.000,0 Tsd. EUR für Baumaßnahmen geplant werden konnten, ist eine leichte Steigerung des Anteiles der Baumaßnahmen im Entwurf 2007 **mit 46.000,0 Tsd. EUR** zu verzeichnen.

Im Entwurf des Vermögenshaushaltsplanes 2007 sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von **24.702,7 Tsd. EUR** enthalten, die sich wie folgt auf die Einzelpläne verteilen:

- in Tsd. EUR -

Epl.	Gesamt 2007	davon Kassenwirksamkeit/Jahr		
		2008	2009	2010
1	5.954,5	4.450,0	1.504,5	0
2	2.920,2	2.920,2	0	0
4	4.265,5	4.265,5		
5	372,4	372,4		
6	10.990,1	7.450,1	1.627,0	1.913,0
8	200,0	200,0	0	0
gesamt:	24.702,7	19.658,2	3.131,5	1.913,0

Der mittelfristige Finanzplan und das Investitionsprogramm 2006 – 2010

Mittelfristig wird sich der Investitionsbedarf bis 2010 voraussichtlich wie folgt entwickeln:

- in Tsd. EUR -

	2006	2007	2008	2009	2010
Mittelmittelfristige Entwicklung lt. Eckwertebeschluss 2007 v. 01.06.06	124.907	88.186	73.111	78.236	70.024
mittelfristige Entwicklung Haushaltsplan 2007 - Entwurf -		80.532	76.971	77.972	72.846

Nach erfolgter Kürzung im Tiefbaubereich, der Arbeitsmarktpolitik und in den Budgets und der damit verbundenen Einstellung von finanziellen Mitteln für 5 Kindereinrichtungen, für Hochwasserschutz und Sanierung der Nebenplätze des Ernst-Grube-Stadions entwickelt sich der Kreditbedarf lt. mittelfristiger Planung 2007 – 2010 wie folgt:

- in Tsd. EUR -

	2006	2007	2008	2009	2010
Mittelfristige Entw. d. Haushaltsplanes 2006 v. 09.03.2006	2.697	8.827	9.437	7.435	
Mittelfristige Entwicklung lt. Eckwertebeschluss 2007 v. 01.06.06	2.697	9.808	10.325	6.480	2.533
Mittelfristige Entwicklung lt. Haushaltsplan 2007 - Entwurf -		9.061	11.935	6.789	3.918

Die eingeplanten Finanzmittel wurden fast ausschließlich für die Fortführung und Fertigstellung von begonnenen Projekten eingeordnet. Dazu gehören u. a. Haushaltsansätze für die Fortsetzung der Sanierung der BBS VII, die Sanierung der Brücke Sohlener Straße, die Sanierung von 3 Schulen, die im Rahmen des aufgelegten Programms „IZBB“ Fördermittel erhalten (Zuwendungsbescheide für die GS Lindenhof und SekS T. Müntzer liegen vor) und der Neubau der Feuerwache Nord.

Entwicklungsmaßnahme Rothensee

Die Kosten- und Finanzierungsübersicht der Entwicklungsmaßnahme Rothensee per 30.06.2006 ist als Drucksache zurzeit in Bearbeitung und wird im Dezember 2006 im Stadtrat zur Bestätigung vorliegen.

Mit Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 29.05.2006 wurde die Genehmigung erteilt, Darlehen bis zu einer Höhe von 89.600,0 Tsd. EUR aufzunehmen. Die Genehmigung ist befristet bis zum 30.06.2007. Mit Schreiben vom 02.08.2006 hat die Landeshauptstadt Magdeburg die Erhöhung des Kreditrahmens um 10.000,0 Tsd. EUR und eine Verlängerung der Genehmigungslaufzeit bis 30.06.2008 beantragt.

Diese Entwicklungsprognose trägt insbesondere dem Umstand Rechnung, dass sich die katastrophale Preissituation im Immobilienbereich nicht entspannt hat. Gerade die Veränderungen im Immobiliensektor haben zu einem Aufwuchs des Defizits beigetragen. Weiterhin hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation nicht gebessert. Dennoch wird die Entwicklung im Bereich des Wissenschaftshafens weiter verfolgt. Hier zeichnet sich eine positive Tendenz ab. Schon jetzt sind durch die Ansiedlung im Industrie- und Logistikzentrum Effekte vor allem bei den Gewerbesteuererträgen der Landeshauptstadt zu verzeichnen. Der Anteil der Stadt an der Lohn- und Einkommenssteuer der in diesem Bereich verdienten Löhne und Gehälter ist zahlenmäßig nicht erfassbar, dürfte indes einen nicht vernachlässigbaren Ansatz in der Einnahmeposition der Stadt ausmachen.

Der städtebauliche Erfolg der Entwicklungsmaßnahme macht sich insbesondere an der Bevölkerungsentwicklung in der Alten Neustadt und der Wahrnehmung des Handelshafens durch die Bürger der Stadt insgesamt fest. Dazu zählt auch die Hochbaumaßnahme „Speicher als Denkfabrik“. Sie ist im Jahr 2007 das zentrale Projekt der Entwicklungsmaßnahme Rothensee, Handelshafen. Die Denkfabrik soll zukünftig als Zentrum für wissenschaftliche und wissenschaftsnahe Einrichtungen im Wissenschaftshafen fungieren. Der Wissenschaftshafen ist mit den bereits angesiedelten Einrichtungen bereits in der Entstehung begriffen und die Aufnahme in die Internationale Bauausstellung des Landes Sachsen-Anhalt belegt das hohe Entwicklungspotential und die Perspektiven des Gebietes. Mithin muss festgestellt werden, dass die Entwicklungsmaßnahme städtebaulich erfolgreich ist und die Ansiedlungen in der Entwicklungszone I ein wirtschaftliches Fundament bilden. Mit der Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts in den Stadtverwaltungen werden zukünftig die Vermögenswerte der Entwicklungsmaßnahme Rothensee deutlicher erfasst werden können. Erst dann kann aufgezeigt werden, dass die Entwicklungsmaßnahme Rothensee zu Vermögenszuwachsen geführt hat, die infrastrukturell und städtebaulich für die Stadt nachhaltig sein werden.

Die Einflussnahme des Entwicklungsträgers auf die zuvor genannten unzureichenden objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten, die das Ergebnis minimieren, sind gering. Dennoch wurde im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen seitens der Partner KGE und Landeshauptstadt durch Absenkung des Honoraraufwandes ab dem Jahr 2006 um 10 % versucht, dem negativen Trend des Defizits geringfügig gegenzusteuern. Ferner ist der jährliche Stundenaufwand für die Jahre 2006 und 2007 festgeschrieben worden (s. DS 0209/05). Es führt zu einer Entlastung des Treuhandvermögens.

Der Zeitpunkt der Übernahme der Entwicklungsmaßnahme Rothensee kann aus heutiger Sicht nicht eindeutig bestimmt werden. Es ist auf jeden Fall sinnvoll die Entwicklungsmaßnahme Rothensee nach 2012 im Hinblick auf weitere Akquirierung von Fördermitteln weiterzuführen. In §§ 169 Abs. 1 Ziff. 9,164 a BauGB ist festgelegt, dass für die Entwicklungsmaßnahmen vorrangig Städtebaufördermittel einzusetzen sind. Durch diese gesetzlichen Bestimmungen wird garantiert, dass an die Entwicklungsmaßnahmen vorrangig Fördermittel ausgereicht werden. Aus diesem Grund ist eine möglichst lange Laufzeit einer Entwicklungsmaßnahme zweckmäßig. Durch das Prinzip der Vorfinanzierung ist es möglich, die Städtebaufördermittel schon jetzt einzusetzen, die dann aber erst später in den Folgejahren ausgezahlt werden. Würde eine Entwicklungsmaßnahme also kurzfristig beendet werden, so würde noch ein Anspruch auf Auszahlung von weiteren Städtebaufördermitteln bestehen. Je länger eine Entwicklungsmaßnahme andauert, desto mehr Städtebaufördermittel können abgeschöpft werden.

In diesem Zusammenhang zeigen Erfahrungen anderer Kommunen insbesondere in den alten Bundesländern, dass erst nach Ablauf von großen Zeiträumen mit einem positiven Ergebnis zu rechnen ist.

PPP – Modell

Seit Januar 2005 wurden die Bedingungen und Möglichkeiten für die komplexe Sanierung von 20 Schulstandorten in der Landeshauptstadt Magdeburg durch die Beraterfirma SNP untersucht.

Die ermittelten Daten (Investbedarf, laufende Betriebskosten) flossen in den Wirtschaftlichkeitsvergleich ein. Der Vergleich der Aufwände zwischen Eigenerledigung und PPP-Variante wies einen Kostenvorteil von 8-11 % zu Gunsten des PPP-Modells nach. Diese Einsparung resultiert u.a. aus dem komplexen Sanierungsvolumen und beachtet die bereits im Vorfeld durchgeführte Privatisierung der Reinigung der Schulen und Betreibung der Wärmeerzeugeranlagen.

Das Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsvergleiches wurde mit dem Referat Kommunalaufsicht des Landesverwaltungsamtes mit dem Ergebnis diskutiert, dass zusätzliche Daten in Form einer Null-Variantenbetrachtung gefordert wurden. D. h., es sind die Kosten nachzuweisen, die in den nächsten 20 Jahren anfallen werden, wenn nur akute bauliche Mängel beseitigt werden, also der Verfall des Kommunalvermögens zugelassen wird.

Der Stadtrat hat den Wirtschaftlichkeitsvergleich in seiner Sitzung am 11.07.2005 behandelt und folgende Beschlüsse (Beschluss-Nr. 549-17(IV)05) gefasst:

1. Die Zielstellung der Sanierung und Bewirtschaftung von ca. 20 Schulen im Rahmen eines PPP-Modells wird ausdrücklich bestätigt.
2. Der Stadtrat nimmt das vorgelegte Ergebnis des Wirtschaftlichkeitsvergleichs zur Sanierung und Bewirtschaftung von 20 Schulen unterschiedlicher Schulformen zustimmend zur Kenntnis.
3. Die dem Antrag A0132/05 des Ausschusses BSS beigefügte Objektliste wird bestätigt.
4. Der Stadtratsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der in Aussichtstellung einer kommunalaufsichtlichen Genehmigung des in Rede stehenden PPP-Modells.
5. Alle weiteren vorliegenden Beschlussvorlagen werden zurückgestellt.

Im Frühjahr 2006 wurde die erarbeitete „Null-Variante“ mit der Kommunalaufsicht erörtert.

3. Entwicklung der Kassenlage im Haushaltsjahr 2007

Mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2007 wird im § 4 der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 200,0 Mio. EUR festgesetzt und bleibt damit im Vergleich zum Vorjahr vorerst konstant.

Anlagen:

- Anlage 1 – Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Haushaltsjahr 2007
- Anlage 2 – Mittelfristige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben 2006 bis 2010
- Anlage 3 – langfristige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungshaushalte 2006 bis 2015
- Anlage 4 – Entwicklung wesentlicher Einnahmen, Ausgaben und Personalkosten des Verwaltungshaushaltes
- Anlage 5 – Budgetrahmen für den Haushaltsplan 2007 – Verwaltungshaushalt
- Anlage 6 – Wirtschaftspläne der städtischen Gesellschaften
- Anlage 7 – Budget im Vermögenshaushalt für den Erwerb beweglicher Sachen
- Anlage 8 – Verpflichtungsermächtigungen 2007 – nach Einzelplänen
- Anlage 9 – Investitionsprioritätenliste 2007 bis 2010; Stand 12.09.2006
- Anlage 10 – Liste „Neue Investitionsvorhaben 2007 – 2010“; Stand 12.09.2006
- Anlage 11 – Übersicht Eigenbetrieb „theater magdeburg“
- Anlage 12 – Übersicht Eigenbetrieb „Puppentheater Magdeburg“
- Anlage 13 – Übersicht stadtfremder bzw. angemieteter Objekte
- Anlage 14 – Übersicht stadtfremder bzw. angemieteter Parkplätze
- Anlage 15 – Unterhaltung Grünanlagen – KGm (neue Hst. 1.87300.675100.1)
- Anlage 16 – Leistungen öffentliches Grün – SFM (neue Hst. 1.87300.675200.9)
- Anlage 17 – Nutzungsentgelte der LH Magdeburg – (neue Hst. 1.87300.530400.0)
- Anlage 18 – Hochbauunterhaltung (neue Hst. 1.87300.675000.3)